

Flüchtlingsmilieus in der SBZ/DDR

Formen kultureller Selbstbehauptung und Identitätswahrung am Beispiel der Deutschen aus Bessarabien

Ute Schmidt

Mit dem Ende der DDR ist ein neuer Blick auf die Lebenswelten der Flüchtlinge und Vertriebenen im östlichen Teil Nachkriegsdeutschlands möglich geworden. Die aktuelle Flüchtlingsforschung untersucht Ähnlichkeiten und Unterschiede im Prozeß der Integration in der westlichen und östlichen Teilgesellschaft. Neue Forschungsfragen beziehen sich auch auf die Herausbildung und Funktion informeller Substrukturen in der SBZ/DDR, die Eigendynamik spezifischer kultureller Orientierungs- und Deutungsmuster auf lokaler Ebene und die Rolle besonderer Netzwerke. Wichtig ist ferner die Erforschung der vielfältigen Erfahrungen von Repression und Opposition, von Abwanderung und Flucht.

„Wo das Volk lebt, ist seine Heimat“

Die mitteldeutschen Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen waren am Ende des Zweiten Weltkrieges Transit- und Aufnahmegebiet für schier endlose Flüchtlingsströme aus den ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten jenseits von Oder und Neiße. In den ersten Nachkriegsjahren nahm die Sowjetische Besatzungszone bis 1949 über vier Millionen Menschen auf. Der Anteil der Flüchtlinge, Vertriebenen und Zwangsumgesiedelten betrug hier insgesamt knapp ein Viertel der Gesamtbevölkerung und war damit höher als in Westdeutschland.¹ In der regionalen und lokalen Verteilung gab es erhebliche Differenzen und unterschiedliche Verdichtungen. So bestand zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern, das neben Sachsen-Anhalt zu den Hauptaufnahmeländern zählte, die Einwohnerschaft fast zur Hälfte aus Flüchtlingen und Vertriebenen.² Im bevölkerungsreichen Sachsen lag der Anteil der „Neubürger“ mit rund siebzehn Prozent hingegen weit unter dem Durchschnittswert. Das mit der sowjetischen Besatzungsmacht abgestimmte Integrationskonzept der SED sah vor, daß die Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in der SBZ möglichst rasch erfolgen sollte. Ende 1945 führte die neugebildete zonale Flüchtlingssonderverwaltung (ZVU) auf „besonderen Wunsch“ der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) für die Flüchtlinge und Vertriebenen in der SBZ die beschönigende Bezeichnung „Umsiedler“ ein. Begriffe wie „Flüchtling“, „Vertriebener“ oder „Ausgewiesener“ waren unerwünscht.

1 Zum Vergleich: In Westdeutschland betrug der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen rund sechzehn Prozent; vgl. Schwartz, Michael: „Umsiedler“ – Flüchtlinge und Vertriebene in der SBZ und DDR. In: Flucht, Vertreibung, Integration. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung. Hrsg. von der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2005, S. 91; Vgl. auch ders.: Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegsgesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1951, München 2004.

2 Vgl. Wille, Manfred/Hoffmann, Johannes/Meinicke, Wolfgang (Hrsg.): Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Wiesbaden 1993; Wille, Manfred: Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler – Möglichkeiten und Grenzen ihres Wirkens (1945–1948). In: Wille u.a. (Hrsg.): Sie hatten alles verloren, S. 27–54.

Bevölkerung in der SBZ (Stand: 10. November 1945)

LAND	Gesamtbevölkerung	davon Alt-ingesessene	davon Evakuierte u. Flüchtlinge	Evakuierte u. Flüchtlinge in Prozent
Brandenburg	2 695 394	2 057 490	637 904	23,7
Mecklenburg-Vorpommern	2 507 271	1 102 891	1 404 580	56,0
Sachsen	5 660 901	4 974 884	686 017	12,1
Provinz Sachsen	4 348 221	3 199 968	1 148 253	26,4
Thüringen	2 952 802	2 240 719	712 083	24,1
Gesamt	18 164 589	13 575 952	4 588 837	25,3

Quelle: Wille: Zentralverwaltung, S. 34.

Im allgemeinen Sprachgebrauch hießen die Vertriebenen auch „Evakuierte“, im Volksmund auch „Umquartierte“. Obwohl die meisten Flüchtlinge und Vertriebenen Anfang der fünfziger Jahre noch immer in desolaten Verhältnissen lebten, erklärte man sie jetzt zu „ehemaligen Umsiedlern“, bis auch diese kuriose Wortschöpfung fallengelassen und durch den neutraleren Begriff des „Neubürgers“ ersetzt wurde. In der amtlichen Statistik waren die „Umsiedler“ seit 1949 nicht mehr gesondert aufgeführt und damit als identifizierbare Bevölkerungsgruppe eliminiert. Mitte der fünfziger Jahre verschwanden sie aus den Medien und der offiziellen Berichterstattung.³

Nicht nur die Begriffe gingen an der gesellschaftlichen Realität vorbei: Die gesamte Thematik von Flucht, Vertreibung, Deportation und Internierung und die mit diesen katastrophischen Ereignissen verknüpfte Erfahrungsgeschichte von Millionen Betroffenen waren in der verordneten Öffentlichkeit des SED-Staates bis 1989/90 tabuisiert. Allerdings wurde in vielen Flüchtlingsfamilien kontinuierlich über die erlebte Geschichte gesprochen. Zwischen privater Erzählung und öffentlicher Deutung klaffte ein Riß, der sich erst nach dem Ende der DDR 1989/90 zu schließen begann.

Aus Rücksicht auf die sowjetischen „Freunde“ und die osteuropäischen „Bruderstaaten“ wurde das gewaltsame Geschehen von Flucht und Vertreibung heruntergespielt und die menschliche Tragödie der Betroffenen in der öffentlichen Wahrnehmung nachträglich entdramatisiert oder verschwiegen. Um den Flüchtlingen und Vertriebenen ein „neues Heimatbewußtsein einzupflanzen“,⁴ flankierte die SED die praktischen Eingliederungshilfen⁵ mit einer politisch-ideologischen „Betreuung“ und „Aufklärung“: Die „Umsiedler“ sollten sich von ihren Rückkehrhoffnungen verabschieden, den gege-

3 Vgl. Wille, Manfred: SED und „Umsiedler“ – Vertriebenenpolitik der Einheitspartei in den ersten Nachkriegsjahren. In: Hoffmann, Dierk/Schwartz, Michael (Hrsg.): Geglückte Integration?, Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR. München 1999, S. 100 f., 104.

4 Wille: Zentralverwaltung, S. 48.

5 Die Bilanz dieser Hilfen fällt – wie Schwartz darstellt – insgesamt spärlich aus. Die DDR war demnach vor allem eine „Arbeits- und Aufbaudiktatur“. „Dadurch daß arbeitsunfähige Vertriebene [in den fünfziger Jahren] kaum noch berücksichtigt wurden, erscheint diese arbeitgesellschaftliche Komponente der DDR-Integrationspolitik sehr viel ausgeprägter und alternativloser als im westdeutschen Konkurrenzmodell, das ergänzend Versorgungs- und Entschädigungselemente enthielt“ (Schwartz, „Umsiedler“, S. 96 f.).

benen Verhältnissen anpassen und aktiv an der gesellschaftlichen „Umgestaltung“ mitarbeiten. Vertriebene, die an ihren Herkunftstraditionen festhielten und sich mit Gleichgesinnten trafen, wurden als „reaktionär“ abgestempelt und von den Sicherheitsorganen überwacht. Landsmannschaftliche Zusammenkünfte außerhalb des schwer kontrollierbaren familiären oder nachbarschaftlichen Rahmens fielen unter das Versammlungsverbot.⁶ Besuche von Vertriebenen-Treffen in West-Berlin oder in Westdeutschland wurden als strafbare Handlungen gewertet, denn die Landsmannschaften im Westen galten als Hort des Revanchismus.⁷ Ansätze zur kulturellen Selbstorganisation und zur wirtschaftlich-sozialen Interessenvertretung der Flüchtlinge und Vertriebenen in der DDR wurden von der SMAD und der SED nicht geduldet.

Um so erstaunlicher war das nach dem Zusammenbruch der DDR aus westlicher Sicht zu beobachtende Phänomen, daß sich auf lokaler und regionaler Ebene gut funktionierende landsmannschaftlich geprägte Netzwerke und Flüchtlingsmilieus erhalten haben, die zum Teil bis heute existieren. Der Versuch der SED, die Flüchtlinge und Vertriebenen möglichst schnell von ihren historisch-kulturellen Traditionsbezügen abzukoppeln, um sie als gleichsam „geschichtslose Wesen“ besser für die Zwänge der Anpassung an die Realität des SED-Staates und dessen Integrationsangebote zu disponieren, war demnach nur teilweise erfolgreich.⁸ Amtliche Quellen zur Untersuchung der Lebenswelten von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Ex-DDR, ihrer Netzwerke und Lokalgesellschaften sind bisher kaum vorhanden. Es bedarf daher qualitativer Forschungen bzw. einer Reihe von Mikrostudien, in denen soziologische Fragestellungen und erfahrungsgeschichtliche Methoden (Interviews, Inhaltsanalyse usw.) verknüpft werden können. Die Bildung solcher kleinräumiger Flüchtlingsmilieus wird hier am Beispiel der Deutschen aus Bessarabien veranschaulicht.

Bessarabiendeutsche Milieus in der SBZ/DDR

Noch Anfang der neunziger Jahre waren in den neuen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg oder Sachsen-Anhalt Dörfer mit einem hohen Anteil bessarabiendeutscher „Neusiedler“ zu finden, in denen noch immer schwäbisch gesprochen und bessarabisch gekocht wurde. Wo die „Bessarabier“ in der Mehrheit waren, haben ihre Gewohnheiten sogar auf nicht wenige Einheimische abgefärbt. In diesen spezifischen Milieus war es den bessarabiendeutschen „Neusiedlern“ offenbar möglich, ihre Interessen gegenüber der alteingesessenen Bevölkerung zu vertreten, sich unterhalb der Schwelle des Konflikts mit dem sozialistischen Staatsapparat zu behaupten und ihre kulturelle Identität zu wahren. Der Zusammenhalt wurde durch Großfamilien und Nachbarschaften, kirchliche Bindungen (evangelisch-lutherische Konfession) und eigenständige religiöse Gemeinschaften vermittelt. Mitgebrachte Erfahrungen (eingeübte Formen der Selbsthilfe, nachbarschaftlicher Kooperation und Kommunikation) wurden nicht aus rückwärtsgewandter Nostalgie reaktiviert, sondern eingesetzt, um in einer völlig veränderten Welt einen praktischen Neuanfang zu machen.⁹

6 Schwartz, Michael: „Umsiedler“-Politik in der SBZ/DDR 1945–1953. In: Hoffmann/Schwartz (Hrsg.): *Geglückte Integration?*, S. 134.

7 Vgl. den Beitrag von Heike Amos in diesem Heft.

8 Vgl. z.B. Höntsch-Harendt, Ursula: *Wir Flüchtlingskinder*. Leipzig 1985. Selbst unter den in der DDR relativ privilegierten sudetendeutschen „Antifa-Umsiedlern“ gab es solche, die ganz selbstverständlich die Erinnerungen an ihre Herkunft bzw. ihre alte Heimat wachhielten.

9 Vgl. Schmidt, Ute: *Die Deutschen aus Bessarabien. Eine Minderheit aus Südosteuropa (1814 bis heute)*. 3. Aufl., Köln/Weimar/Wien 2006, Kap. 20, S. 503–535; dies.: „Drei- oder viermal im Le-

Die Deutschen aus Bessarabien waren Umsiedler und Flüchtlinge zugleich. Sie hatten ihr Siedlungsgebiet am Schwarzen Meer bereits Ende 1940 infolge des Hitler-Stalin-Pakts verlassen müssen. Im Zuge der NS-Siedlungspolitik wurde das Gros der Bessarabiendeutschen (knapp 90 000 Menschen) 1941/42 im besetzten Polen angesiedelt. Von dort aus mußten sie – wie Millionen Flüchtlinge aus anderen Herkunftsgebieten – im Januar 1945 vor der Roten Armee nach Westen flüchten. Etwa ein Viertel der Gruppe blieb nach Kriegsende in der damaligen Ostzone – teils zerstreut, teils in dichteren Gruppen, besonders in Mecklenburg, Brandenburg und Sachsen-Anhalt.

„Bessarabier-Dörfer“ auf Bodenreformland

Daß sich relativ viele Bessarabiendeutsche in den ländlichen Regionen Mitteldeutschlands niederließen, ist auf die Siedlungschancen durch die „demokratische Bodenreform“ zurückzuführen. Denn anders als in Westdeutschland, wo ehemals selbständige Landwirte kaum Aussicht auf einen neuen Hof hatten und ihren Lebensunterhalt meist als abhängige Industrie- oder Landarbeiter verdienen mußten, versprach die Ansiedlung von „Neusiedlern“ in der SBZ vielen Flüchtlingen und Vertriebenen zunächst eine Fortsetzung ihrer bäuerlichen Existenz. Als im Herbst 1945 das enteignete Gutsland aufgeteilt und in Parzellen von etwa fünf bis zehn Hektar an siedlungswillige „Neubauern“ vergeben wurde, sprach sich das unter den Bessarabiendeutschen rasch herum. Manche Familien saßen hier schon seit den letzten Kriegsmonaten fest, weil ihre Trecks und ihre Pferde zusammengebrochen waren und ihnen keine andere Wahl blieb, als sich bei den einheimischen Bauern und Gutsbesitzern für Nahrung und Unterkunft zu verdingen. Andere waren irgendwo notdürftig untergekommen, nachdem man sie wochenlang von Dorf zu Dorf umgeleitet hatte.

Die Ausprägung der „Bessarabier-Dörfer“ war ein Prozeß, der sich über mehrere Jahre hinzog. Nachdem einige Männer die Initiative ergriffen und Kerne von Großfamilien um sich gezogen hatten, folgten ihnen nach und nach weitere siedlungswillige Landsleute, sogar aus dem Westen. Männer und Söhne kehrten allmählich aus der Kriegsgefangenschaft zurück und übernahmen die Wirtschaften, mit denen sich die Frauen bisher alleine abgemüht hatten. Alleinstehende Frauen oder ältere Leute, auch Berufsfremde, die die von ihnen übernommenen Siedlungen nicht mehr bewirtschaften konnten und in die Städte und Industriegebiete abwanderten, gaben das Land an andere Interessenten weiter. Auf diese Weise bildete sich in den ersten Nachkriegsjahren für viele bessarabiendeutsche Bauernfamilien in einer völlig fremden Umgebung so etwas wie eine neue Heimat heraus, die nach der Zerstreung durch Umsiedlung und Flucht von Dauer zu sein schien und in deren Lebensformen und Sozialbeziehungen sich wieder Züge des früheren Gemeinschaftslebens herstellen ließen.

Der landwirtschaftliche Betrieb als Produktionsform, das Dorf als sozialer Raum und Ort alltäglicher Kommunikation blieben zunächst erhalten. Die bäuerliche Arbeit auf dem eigenen Hof, die die Mitarbeit der ganzen Familie erforderte, der vertraute schwäbische Dialekt als Ausdrucksform sowie ein kirchlich-protestantisch geprägtes Wertesystem waren grundlegend für die Ausprägung dieses Milieus. Ein Zeitgenosse veranschaulicht das für das Bodenreform-Dorf Brietzke im Kreis Zerbst (Sachsen-Anhalt). Hier hatten sich viele Bessarabiendeutsche aus den ehemals deutschen Ge-

ben neu anfangen zu müssen ...“ Beobachtungen zur ländlichen Vertriebenenintegration in mecklenburgischen „Bessarabier-Dörfern“. In: Hoffmann/Schwartz (Hrsg.): *Geglückte Integration?*, S. 291–320.

meinden Kulm, Lichtental, Paris und Gnadental angesiedelt: „Man achtete die aus der alten Heimat überlieferten Sitten und Gebräuche. [...] Zwischen 1948 und 1950 entstanden eine Reihe Neubauernhäuser an der Straße nach Dalchau, Zeppernick oder in Richtung Kalitz, wo sich die Mehrzahl befindet, die sich nach der Wende auch rein



Bessarabiendeutsche "Neubauern" im Bodenreform-Dorf Brietzke, Kreis Zerbst (Sachsen-Anhalt) bei der ersten Kartoffelernte (1946). Quelle: Jahrbuch der Deutschen aus Bessarabien, 50 Jg. (1999, S. 149).

äußerlich zu mausern beginnen. Rechts neben der Straße, von Kalitz aus gesehen, bauten einige Kulmer wie zuhause. Linke Seite über die Straße stehen Gebäude der Lichtentaler. Wer nach 1954/55 durch das Dorf kam, erkannte in der Regel sofort den bessarabischen Besitzer. Meist waren es kleine, unscheinbare Merkmale: der steinerne Torpfosten, der Weinstock am Haus, einige Maiskolben zum Trocknen aufgehängt oder von Kindern genüßlich verzehrt. Mit besonderer Leidenschaft widmeten sich die Frauen der Gartenarbeit. Bald gedieh das bessarabische Besenzeug [Reisig zur Herstellung von Besen], dort [in Bessarabien] z.T. Unkraut, hier Zierstrauch. Versuche, Harbusen [Wassermelonen] anzupflanzen, sind bis heute keine Seltenheit. Man züchtete Erdbeeren, pflanzte Paprika, legte allerlei Gemüse- und Blumenbeete an. Der Hausherr besorgte Stachelbeeren, Obstbäume und beschäftigte sich mit dem Gedeihen der Weinstöcke. Am Sonntag beim Kirchgang überwog der schwäbische Dialekt der Lichtentaler. Um die kleine Dorfkirche auf dem Gottesacker tauchten vereinzelt bessarabische

Namen auf. Der Kreis war geschlossen. Man hatte eine neue Bleibe gefunden. [...] Aber da gab es noch etwas Besonderes: Bei Notwendigkeit bedienten sie sich ihres Dialektes, der russischen oder rumänischen Sprache. Ja, es kam vor, daß sie ihre Kenntnisse als ‚Waffe‘ einsetzten.“¹⁰

Bis Anfang der fünfziger Jahre war der Aufbau der Einzelhöfe ein hartes Stück Arbeit gewesen. Im Unterschied zu anderen Neusiedlern, die aus nicht-landwirtschaftlichen Berufen kamen oder Landarbeiter gewesen waren, kam den bessarabiendeutschen „Neubauern“ zugute, daß sie vor der Umsiedlung im Jahr 1940 in ihrer ursprünglichen Heimat am Schwarzen Meer erfolgreich als selbständige Bauern gewirtschaftet oder landwirtschaftsnahe Handwerksberufe ausgeübt hatten. Bereits während der Ansiedlung in „Danzig-Westpreußen“ und im „Warthegau“ hatten sie sich auf ungewohnte klimatische Verhältnisse, Methoden der Bodenbearbeitung, Vegetationszeiten umstellen müssen, die sich von den Bedingungen in ihrer früheren Heimat unterschieden. Diese Anpassungsleistung, die dort neu erworbenen Erfahrungen, Kenntnisse und Praktiken ließen sich auch für die Arbeitsweise in der SBZ nutzen und halfen ihnen, die Schwierigkeiten der Anfangsjahre zu meistern.

In den Gemeinden, in denen die bessarabiendeutschen „Neusiedler“ eine starke Gruppe bildeten und Rückhalt in ihren Ortsmilieus fanden, haben sie mit ihren Mitteln, manchmal auch auf listige Weise, versucht, ihre Interessen zur Geltung zu bringen und sich gegen Entscheidungen und Anordnungen der Staatsorgane bzw. der SED, die sie direkt betrafen, zur Wehr zu setzen. Dabei half ihnen, daß sie entweder den Bürgermeister in diesen Lokalgesellschaften stellten oder dieser in ihr Milieu integriert war bzw. sich neutral verhielt. In einem dieser Konfliktfälle ging es z.B. in einem mecklenburgischen Dorf (Langwitz) um die politische Amtsanmaßung eines Siedlers, der langjähriges Mitglied der KPD/SED gewesen war und seine politischen Kontakte zur SED-Kreisleitung in Malchin zu nutzen verstand. Der Siedler kam zudem seinen eigenen Verpflichtungen bei der Feldarbeit und beim Ablieferungssoll nicht nach und bürdete die notwendigen Arbeiten den anderen Bauern auf. Die Langwitzer Bauern brachten ihre Beschwerden in der Gemeindevertretung und beim örtlichen Bauernkomitee vor. Sie setzten sich auch in der Kreiskommission durch, die den Fall bis zum persönlichen Referenten des Ministers für Landwirtschaft in Schwerin weiterreichte. In einem anderen Fall entwickelte sich ein Konflikt über die Interpretation der Bestimmungen und Auswirkungen des Umsiedlergesetzes vom 8. September 1950 für die inzwischen zu „ehemaligen Umsiedlern“ erklärten Flüchtlingsneubauern. Neubauern aus den mecklenburgischen Bessarabier-Dörfern Grambzow und Christinenhof richteten deshalb im Mai 1951 eine Eingabe an den Staatspräsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, und versahen diese sogar – ohne Wissen des Bürgermeisters der übergeordneten Großgemeinde – mit dem inzwischen ungültigen Siegel der Gemeinde Grambzow. Die Grambzower Bauern verlangten, daß die im „Umsiedlergesetz“ beschlossenen Ermäßigungen beim Ablieferungssoll allen Flüchtlingsbauern zugute kommen sollten. Die Kreisdifferenzierungskommission beharrte hingegen darauf, daß die Erleichterungen nur den schwächeren, nicht aber den „gefestigten“ Wirtschaften zuteil werden sollten. Auch nach den „eingehenden Diskussionen“ auf einer Bauernversammlung, die am 23. Juli 1951 in der Zentralgemeinde Groß Köthel durchgeführt wurde, lehnten die Grambzower Bauern die Entscheidungen der Differenzierungskommission ab. Wie der Landrat des Kreises Malchin berichtete, nahmen „gestützt auf den Wortführer die Um-

10 Werner, Helmut: Die Lektion. In: Jahrbuch der Deutschen aus Bessarabien. 50. Jg. (1999), Hannover 1998, S. 149 f.

siedler aus Grambow (Bessarabier) wie ein Block gegen die Bestimmungen des Umsiedlergesetzes Stellung und verlangten, daß gleichgültig, ob der Betrieb gefestigt oder nicht gefestigt sei, eine Ermäßigung gegeben werden müßte.“ Der Gemeinderat, die „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ (VdgB) und der Bürgermeister hätten – so heißt es bedauernd – bei dieser „z.T. sehr lebhaften Diskussion eine passive Haltung eingenommen“. In dem Bericht wurde daher eine „politische Aufklärungsarbeit“ (sic!) angekündigt, um „durch verstärkte Aufklärung die Bauern besser über die Gesetze und Maßnahmen zu informieren“. Zu diesem Zweck wurde dem Kreisrat für Innere Verwaltung, Kaminski, die „Patenschaft“ für diese Gemeinde übertragen. Die Grambowener Bauern seien nicht benachteiligt, weil ihr Viehbestand wesentlich besser sei als in den anderen Teilgemeinden und daher auch stärker zur Ablieferung herangezogen werden müsse.¹¹ Dem Bericht zufolge hatte der Ortsteil Grambow bereits früher „große Schwierigkeiten“ gemacht, als er sich gegen die Eingemeindung mehrerer Dörfer in die Zentralgemeinde zur Wehr setzte. „Diese Schwierigkeiten haben ihre Ursache darin, daß der größte Teil der Einwohner Grambowes Umsiedler aus Bessarabien sind, die versuchen, ihre eigenen Wege zu gehen.“¹² Durch das Fehlen eines politisch bewußten Bürgermeisters, auch in der Vergangenheit, ist es nicht gelungen, die Spannungen, die zwischen den Umsiedlern aus Bessarabien, den Einheimischen und den Umsiedlern aus Ostpreußen und Oberschlesien [bestehen], zu beseitigen.“ Die verstärkte politische Überzeugungsarbeit hat die Grambowener allerdings kaum zur Raison gebracht.

Sofern sich die Bessarabiendeutschen in den mecklenburgischen Dörfern politisch interessiert und betätigt haben, waren sie zumeist Mitglieder der Demokratischen Bauernpartei (DBD), nicht der SED. Die von der SED geschaffene Satellitenpartei konnte sich hier als Interessenpartei der Landbevölkerung darstellen. Die Bessarabiendeutschen betrachteten die DBD offenbar weniger als politische Partei denn als eine Art „Verein“, in dem die Bauern landwirtschaftliche Themen, Beschaffungsprobleme usw. diskutierten und gesellig zusammensaßen. Einige Grambowener traten aus der DBD auch wieder aus, als sie feststellten, daß diese Organisation keine Neuauflage des Teplitzer „Landwirtschaftlichen Vereins“ (in Bessarabien), sondern eine „SED auf dem Lande“ war.¹³ Andere traten gar nicht erst in die DBD ein, weil sie deren Schwäche und Abhängigkeit von der SED sahen.

Ende der fünfziger Jahre setzte in der DDR die forcierte Kollektivierung der Landwirtschaft ein. Auf die erfolgreichen Einzelbauern wurde starker Druck ausgeübt, um sie zum Beitritt in die Genossenschaften zu bewegen. Eine Übergangsform zwischen den Öffentlichen Landwirtschaftsbetrieben (ÖLB)¹⁴ und der LPG „Typ 3“ stellte die LPG „Typ 1“ dar, die den Bauern noch eine gewisse Selbständigkeit und Eigenverantwortung gestattete: Hier wurden nur die Ackerflächen kollektiviert, die Tierhaltung betrieben die Bauern nach wie vor privat. Die Familienbetriebe konnten also zunächst noch

11 Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Nr. 3126. Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin.

12 In Grambow lebten damals rund 300 Einwohner, davon 31 „Umsiedler“-Familien und 24 einheimische Landarbeiterfamilien.

13 Interview Herr K., zit. nach: Schmidt: Die Deutschen aus Bessarabien, S. 528.

14 Die bereits 1952 mit einem Beschluß der SED eingeleitete Kampagne zur Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) wurde nach dem 17. Juni 1953 zeitweise ausgesetzt, dann aber Ende der fünfziger Jahre wieder forciert. Schon vorher gab es die Öffentlichen Landwirtschaftsbetriebe (ÖLB), in denen brachliegende bzw. von Einzelbauern aufgegebene Flächen bewirtschaftet wurden.

aufrechterhalten werden; mehrere Einzelbauern konnten in Gruppen zusammen wirtschaften. Mit der Übergangsregelung gelang es der Staatsführung, die Widerstandspotentiale in der Neubauernschaft vorerst zu befrieden und zugleich Engpässe in der Versorgung der DDR-Bevölkerung mit Lebensmitteln zu begrenzen.



Plakat: dem Sozialismus gehört die Zukunft. Werk-tätige Einzelbauern werdet Mitglieder der LPG. Quelle: Jahrbuch der Deutschen aus Bessarabien, 50 Jg. (1999, S. 156).

Bessarabiendeutsche gehörten mit zu denen, die sich am längsten gegen die Kollektivierung gesträubt hatten. Manche waren jahrelang umworben worden, zum Beispiel mit dem Angebot, den Vorsitz der örtlichen LPG oder andere Funktionen zu übernehmen. Jetzt wurden sie durch politischen Druck, die Abgabenlasten, mangelnde Ausstattung mit Maschinen usw. gezwungen, die von ihnen geschaffenen Werte zum Schleuderpreis in die LPGs einzubringen und sich dort mit vergleichsweise hohen Summen einzukaufen. Sich offen gegen die erzwungene Kollektivierung aufzulehnen, wagten sie nicht. Mit ein Grund dafür war, daß diese Generation die Praktiken des NKWD bereits im Sommer 1940, nach dem Einmarsch der Roten Armee in Bessarabien, kennengelernt hatte, auch wenn damals nicht die Deutschen, sondern Angehörige anderer Nationalitäten betroffen gewesen waren.

Einen Eindruck von dem zähen Ringen Ende der fünfziger Jahre vermittelt ein Bericht über das schon erwähnte Bessarabier-Dorf Brietzke. Dieser Ort blieb im Kreis Zerbst und im Bezirk Magdeburg die letzte Bastion der LPG-Gegner. Schließlich setzte die SED-Kreisleitung im Jahr 1960 eine Sonderkommission ein, die die Bauern mit verstärkter Agitation und politischem Druck umstimmen sollte. „Besonders nach 1958, als vermehrt Agitatoren auftraten und Versammlungen einberiefen, lenkten sie [die bessa-

Auch im Bessarabier-Dorf Brietzke (Kreis Zerbst, Sachsen-Anhalt) wurde 1958 die Schraube angezogen und nach wochenlangen Querelen eine LPG namens „Neue Heimat“ gebildet, die jedoch bald wieder auseinanderfiel. Die Bauern reagierten auf den verschärften staatlichen Druck, indem sie „LPGs auf bessarabische Art“ gründeten: „Dies war eine große Hilfe zur Selbsthilfe. Mit dieser Maßnahme umgingen wir die verordnete Einengung. Der schwere Boden wurde mit vier Pferden vor dem Pflug bearbeitet. Im Kreis Burg erstanden wir bei Altbauern, die bereits der LPG angehörten, herumstehende Maschinen, Pferdebinden und andere Gerätschaften. Wir kamen gut voran. Auf Vorhaltungen von oben war unsere Antwort: Dies wäre LPG auf bessarabische Art. Nein, so einfach gaben wir nicht auf.“¹⁵

Die meisten bessarabiendeutschen Familien waren unterdessen zu einem bescheidenen Wohlstand gelangt, für den allerdings von früh bis spät fast ununterbrochen gearbeitet werden mußte. Anfang der sechziger Jahre wurden die LPGs „Typ 1“ aufgelöst und allmählich in „Typ 3“ überführt. Viele

¹⁵ Zit. nach Werner: Lektion, S. 156.

rabiendeutschen Bauern] ihre Schritte lieber in die Kirche. Es war augenscheinlich, daß die Bauernschläue Mittel und Wege fand, einem Frontalangriff auszuweichen. Vorerst hatten sie damit Erfolg.“¹⁶ Aus der Sicht des Leiters der Sonderkommission, Radeiski, selbst Sudetendeutscher und später Vorsitzender des Rats des Kreises Zerbst, war Brietzke ein Ausnahmefall: „Das Dorf trat geschlossen auf. Als hätten sie sich vorher verabredet. Die Männer schimpften auf alles, was sich näherte, die Frauen weinten. Wir kamen keinen Schritt voran. Diese sturen Bessarabier. Sie wehrten sich ihrer Haut, paßten sich an, verstellten sich, antworteten in einer unverständlichen Sprache; oft wurde der Hund zum Retter. Ein Zeitaufschub, mehr nicht.“¹⁷

Ende März 1960 mußten die Brietzker Bauern aufgeben. Auch die Führung der Bauernpartei, in der viele Bessarabiendeutsche Mitglieder waren, hatte sich der SED gefügt. Zuvor war es auf einer von der SED-Sonderkommission einberufenen öffentlichen Veranstaltung noch einmal zu einer heftigen Auseinandersetzung über das Täuschungsmanöver der Bodenreform und die Methoden der Kollektivierung gekommen, auf die sich die Wortführer der Bessarabier gut vorbereitet hatten. Um den nicht mehr abzuwendenden Zwang zum Eintritt in die bereits offiziell gegründete LPG „Neue Heimat“ zu umgehen, machte schließlich einer von ihnen den Vorschlag, eine – nicht von einem Parteigenossen, sondern von einem Flüchtlingsbauern geleitete – zweite LPG namens „Frühlingsanfang“ zu gründen. Die SED ging auf diesen Kompromiß ein und hatte nun ihren Kurs im gesamten Bezirk durchgesetzt.¹⁸ Die Reaktionen der bessarabiendeutschen Bauern auf den Umbruch waren unterschiedlich. Vor allem für die Älteren, die zum dritten Mal in ihrem Leben ihre selbständige Existenz verloren hatten, bedeutete die Kollektivierung einen kaum zu verschmerzenden Verlust. Jüngere Bessarabiendeutsche fanden sich mit den unvermeidlichen Veränderungen eher ab, zumal die LPGs in ihren Dörfern – nicht zuletzt durch ihre eigene Mitarbeit und das Einbringen ihrer beruflichen Kenntnisse – recht gute Ergebnisse vorweisen konnten.

„Für die Alten war’s ein ganz schlimmer Umbruch [...]. Erst mal diese ganze Umsiedlung, die ganze Flucht und dann auf einmal diese neue Umstellung: Erst ein bißchen Land gehabt, und dann auf einmal mußten sie das Land wieder abgeben. Und ich nehme an, daß dann viele nicht mehr die Kraft hatten [...]. Die alten Leute waren am Ende kaputt, und die sind auch alle nicht alt geworden. Die haben gerade mal die 70 erreicht.“ Auch für die Kinder war es ein Einschnitt, „als es auf dem Hof plötzlich so still wurde, als die Pferde weg waren, was hatten wir für schöne Pferde, es waren auch Reitpferde, bei Turnieren [...]. Jeder hat zwar noch eine Kuh gehabt, ein paar Schweine und Bullen durften sie noch halten, aber das große Viehgeschäft war weg.“¹⁹

„Den alten Leuten fiel’s natürlich sehr schwer. [...] Man muß sich das nur vorstellen: [...] Mit unseren zehn Fingern haben wir dies alles erwirtschaftet. [...] Am letzten Tag, als wir noch Typ I waren, hatten wir sieben Kannen Milch auf der Rampe, das sind 140 Liter Milch, und haben am nächsten Tag schwarzen Kaffee getrunken, als wir keine Kühe mehr hatten, nicht? Mußtest du von einem Tag auf den andern alles in die großen Ställe bringen, dein Viehzeug, Sauen mit 14 Ferkeln, und – alles war leer [...]. Wir, die jungen Leute, konnten uns da rein finden, es wird ja irgendwie weiter gehen, aber die alten Leute!“²⁰

16 Ebd.

17 Zit. nach: ebd., S. 157.

18 Ebd., S. 160.

19 Interview Herr K., zit. nach: Schmidt: Die Deutschen aus Bessarabien, S. 517.

20 Interview Herr A., zit. nach: ebd., S. 519.

Nicht wenige Bessarabiendeutsche verließen die DDR nach dem sarkastischen Motto: „Typ 4 – der Bauer geht, der Acker bleibt hier.“ Allein aus Brietzke gingen fünf Familien in den Westen. Zwei Jahre nach der Zwangskollektivierung wurden die beiden Brietzker LPGs vereinigt und später mit weiteren 23 LPGs aus zehn Ortschaften in der LPG Pflanzenproduktion „W.I. Lenin“, Hobeck, zusammengeschlossen. Ein bessarabiendeutscher Mechaniker aus Brietzke erhielt im Jahr 1970 sogar den Titel „Meisterbauer der genossenschaftlichen Produktion“ und kam auf Platz eins im „sozialistischen Wettbewerb um hohe Laufleistungen bei Traktoren und LKWs.“²¹

Den Bessarabiendeutschen, die in der DDR blieben und jetzt Genossenschaftsbauern waren, mußten sich mit den Verhältnissen abfinden. Es wird berichtet, daß sie auch weiterhin gute Arbeit leisten wollten und sich mit „ihren“ LPGs identifiziert hätten: „Also, sie haben sich nicht gehenlassen, als sie in der LPG waren. Sie hätten sich ja verhalten können wie die Altbauern in den reichen Dörfern – hätten sagen können, was interessiert mich die LPG. Die in unserem Dorf haben gesagt: Wir sind nun mal hier, wir arbeiten hier, und wir machen auch was! Und die haben sich auch voll eingesetzt dafür. Und die Leitungen, die dort die LPG geführt haben, die wußten auch, daß sie sich auf die Leute verlassen konnten.“²²

Herr B., der drei Jahre lang als Bereichsleiter in der Rinder- und Milchproduktion der Schwinkendorfer LPG (Mecklenburg) beschäftigt war, ist der Meinung, daß die LPG ihren guten Stand nicht zuletzt den Bessarabiendeutschen mitzuverdanken hatte: „Die haben – selbst nachher, wie’s ja von der Einzelwirtschaft rüberging in die LPG Typ 3, wo sie’s ja nicht mehr nötig hatten, wo ja Stundenlohn bezahlt wurde und sie ihren Acht- oder Neunstundentag [hatten], die Arbeitszeit war um 17 Uhr vorbei – die waren um 19 und 20 Uhr noch in den Stallungen und haben nach dem Vieh gekuckt. Die haben nicht gearbeitet, daß die viel Geld verdienen, die haben gearbeitet, daß es den Tieren gut geht, daß der Ort nach außen hin ein Ansehen erlangt. Das war für die viel wichtiger.“²³

Frau O. aus Wedderstedt (Kreis Quedlinburg) erzählt, wie schwer ihrem Vater der zwangsweise Eintritt in die LPG gefallen sei. Er habe tagelang mit niemandem gesprochen und sei – vergraben in seinen aus Bessarabien mitgebrachten Schafpelzmantel – regungslos dagelegen. In der LPG wurde ihm später die Aufgabe übertragen, die Fohlen zu versorgen, was er mit besonderer Liebe und Sorgfalt getan habe. Er sei stolz darauf gewesen, daß unter seiner Obhut keines der „Hutschele“ (so nannte man in Bessarabien die Fohlen) eingegangen sei. Die Familie O. mußte auch ihre Kuhherde an die LPG abgeben. Sie besaß Zuchtvieh und einen der ersten Tbc-freien Bestände im Bezirk Halle. Man habe es als Trost empfunden, sich in der LPG weiterhin um die Tiere kümmern zu können, zumal diese bis zur Errichtung größerer Stallungen noch in ihrem Stall bleiben durften.²⁴ Für die SED bildete die bessarabiendeutsche Subkultur in den Bodenreformdörfern einerseits ein kompaktes, zähes und widerständiges Milieu, das sich meist unterhalb der Ebene offener Auseinandersetzung, aber auch mit offenem Visier zur Wehr setzte. Andererseits trugen die Bessarabiendeutschen als erfahrene Bauern mit ihrem Fleiß, ihrer Leistungsbereitschaft und ihrer Sorgfalt bei der Arbeit dazu bei, das Niveau der landwirtschaftlichen Produktion in den örtlichen LPGs zu stabilisieren. Jüngeren Bessarabiendeutschen eröffneten sich in den LPGs auch Auf-

21 Werner: Lektion, S. 163 f.

22 Interview Herr K., zit. nach: Schmidt: Die Deutschen aus Bessarabien, S. 517.

23 Interview Herr B., zit. nach: ebd., S. 517 f.

24 Interview, Frau O. (2006)

stiegschancen. So baute ein Verwandter von Frau O. eine der größten Agrargenossenschaften in der DDR auf. Er trat aber nicht in die SED ein und blieb lieber im Hintergrund. Herr A. machte eine Karriere im professionellen Pferdesport. Die Nachkommen der Bessarabiendeutschen in den Bodenreform-Dörfern strebten jedoch zumeist qualifizierte Berufe jenseits der kollektivierten Landwirtschaft an. Das war für viele mit erheblichen Schwierigkeiten und Umwegen verbunden, solange die Regel galt, daß Jugendliche, die vom Land kamen, in der Landwirtschaft bleiben sollten.

Kirchliches Leben, Dorffeste

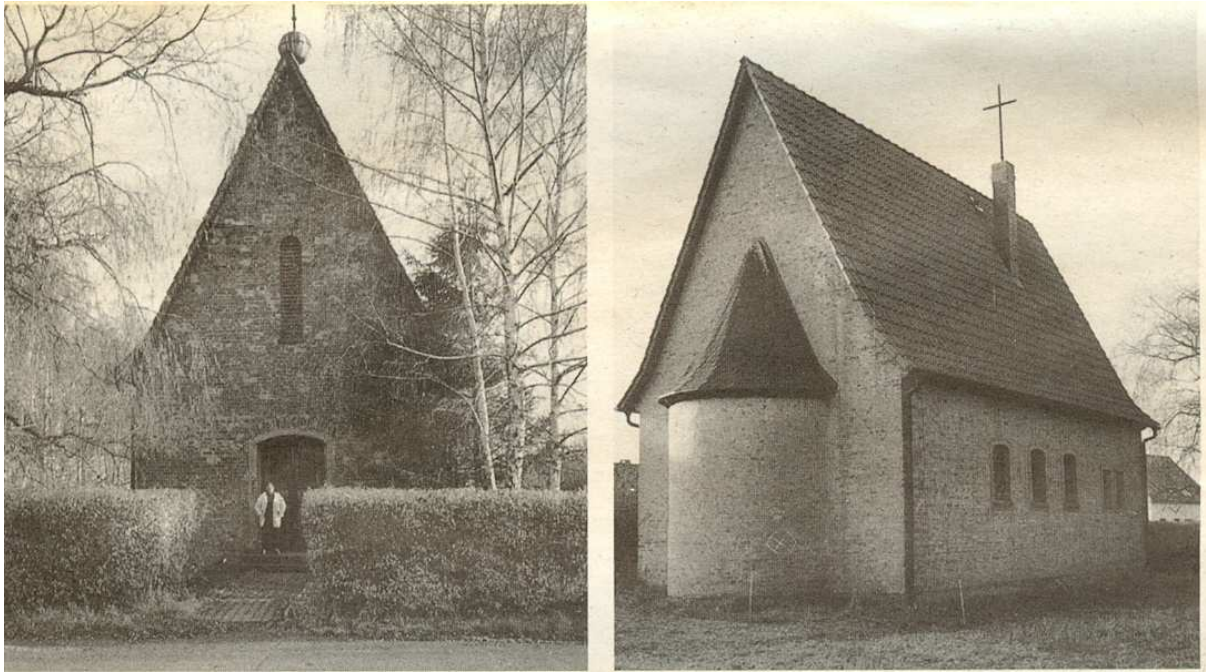
Für den inneren Zusammenhalt der Deutschen aus Bessarabien besaß das kirchliche Gemeinschaftsleben traditionell einen wichtigen Stellenwert. In den Umsiedlungsjahren während des „Dritten Reiches“ waren die Möglichkeiten der religiösen Praxis sehr eingeschränkt gewesen. Um so mehr erblickten viele Bessarabiendeutsche nach den Erfahrungen von Krieg, Entwurzelung und Flucht darin wieder einen Halt. Das war auch in der SBZ/DDR der Fall. Aufgrund des Verbots landsmannschaftlicher Gruppenbildungen fiel hier der Kirche zudem eine Art institutionelle Ersatzfunktion zu, was die SED mit zunehmendem Mißtrauen beobachtete. An der „religiösen Renaissance“ in den ersten Nachkriegsjahren hatten Flüchtlinge und Vertriebene generell einen großen Anteil. Wie die Inspektionsberichte der evangelisch-lutherischen Landeskirche Mecklenburg für den Kreis Malchin dokumentieren, bildeten etwa in der Stadt Teterow die „Eingewanderten“ einen Großteil des Kirchenvolkes. Das galt erst recht für die umliegenden Dörfer, in denen viele bessarabiendeutsche Neusiedler wohnten. Von Tradition sei hier nicht mehr zu reden, heißt es im kirchlichen Bericht für die Gemeinde Schwinkendorf. Die Sonntagsgemeinde habe „ein völlig neues Gesicht“. Die Flüchtlinge bildeten hier „das Hauptkontingent“. „Wären wir auf die einheimische Bevölkerung angewiesen, wären die Gottesdienste einfach zum Erliegen gekommen.“²⁵ In den mecklenburgischen „Bessarabier-Dörfern“ waren Gottesdienste, Bibelstunden und andere kirchliche Veranstaltungen noch in den fünfziger Jahren überdurchschnittlich gut besucht, und auch nach der Einführung der Jugendweihe ging weiterhin die große Mehrheit der Jugendlichen zum Konfirmandenunterricht.

Bei Begräbnissen von Landsleuten, zu denen die Bessarabiendeutschen üblicherweise in großer Zahl erschienen, hielten sie noch lange Zeit an ihren heimatlichen Bräuchen und ihrem alten geistlichen Liedgut fest: Man sang so lange, bis das Grab zugeschauelt war. Die kirchliche Obrigkeit im Kreis Malchin nahm diese Freude am Kirchengesang lobend zur Kenntnis:

„Besonders gut ist die Beteiligung am Gesang, wenn bessarabische Umsiedler in größerer Zahl beteiligt sind. [...] Manchmal, besonders bei Bessarabiern und deren Verwandten, stimmt das Gefolge nach Ende des kirchlichen Aktes spontan noch weitere geistliche Lieder an.“²⁶

25 Inspektionsberichte der evangelisch-lutherischen Landeskirche Mecklenburg (1945–1947). Landeskirchliches Archiv Schwerin.

26 Inspektionsberichte, Gemeindebericht Schwinkendorf 1960–62, ebd.



Das Kirchlein im Bodenreform-Dorf Töpflieben, Kreis Gotha (Thüringen) wurde 1946/47 von bessarabiendeutschen Neusiedlern mit Unterstützung der ev.-lutherischen Kirche in Thüringen gebaut und am Reformationstag 1947 vom Landesbischof Moritz Mitzenheim eingeweiht. Quelle: Foto privat, Ute Schmidt

Kirchenlieder aus der alten Heimat wurden nicht nur bei Begräbnissen und im kirchlichen Raum gesungen, sondern auch bei Familienfeiern und dörflichen Festen. In den mecklenburgischen Bessarabier-Dörfern feierte man die Feste im alten Stil: Hochzeiten, Erntefeste, auch den 1. Mai oder den Internationalen Frauentag. Aus dem brandenburgischen Bessarabier-Dorf Schönholz wird berichtet, daß dort am Frauentag gelegentlich Abgesandte vom Rat des Kreises erschienen seien und die Schönholzer wegen ihrer Sangesfreude gelobt hätten. Bei den Bessarabiendeutschen wurde generell gern und viel gesungen – Volks- und Kirchenlieder – und bei Festlichkeiten auch mit der „Harmoschka“ aufgespielt. An den Wochenenden traf sich die Dorfjugend zu Spiel und Tanz. Ein Bessarabiendeutscher, der in einem solchen Dorfmilieu aufgewachsen ist, beschreibt charakteristische Szenen: „Also Erntefest, das war was Schönes früher. Da wurden die Wagen geschmückt, richtig mit Ernteerzeugnissen – mit den Erntekronen – , und das haben immer die Bessarabier in Regie gehabt, also wunderschön haben die diese Wagen geschmückt, und dann die Rechen und Gabeln, alles wurde geschmückt, und dann [...] gab es einen Pferdewagen mit der Kapelle, und dahinter war der Wagen mit den kleinen Kindern, die in den Kindergarten gingen, und dann ging das ganze Dorf hinterher, jeder mit ner geschmückten Sache, das ganze Dorf.“

„[Die Alten] sind ja jeden Tag zusammengekommen, so wie da in Teplitz [Bessarabiern] auf'm Bänkle. Die Frauen auch, wenn sie Zeit hatten. [...] Mein Vater, der war schon älter, der war Invalidenrentner [...], da kamen alle [Bessarabier], die kamen hin, und dann hat's ein Glas Wein gegeben – mein Vater hatte immer Wein, wir hatten ja diesen Obstwein selber gemacht, weil sie ja kein' Wein hatten. So, dann haben sie eben gegessen und bei einem Glas Wein, viel haben sie nicht getrunken, aber dann haben sie eben geplauscht. [...] Das hat sich immer bei uns abgespielt, das war so, daß wir als Kinder immer miterlebten, da wurde eben dieses Schwäbisch gesprochen und

wurde immer über die alte Heimat gesprochen, immer. Da haben wir eigentlich sehr viel mitbekommen.“²⁷

Obwohl die Bedeutung der Kirche in den sechziger Jahren nicht nur in der städtischen Bevölkerung, sondern auch im dörflichen Alltag immer weiter zurückging, erhielt sich in den von Bessarabiern bewohnten Bodenreformdörfern ein ortsgebundenes Gemeinschaftsgefühl, in dem der Kirche ein wichtiger Platz zukam.²⁸ So wurden zum Beispiel in den umliegenden Dörfern des Kirchspiels Schwinkendorf (Kreis Malchin) Spenden für die Renovierung der Kirche gesammelt, bei der auch die Dorfjugend freiwillige Arbeitseinsätze leistete: Man erneuerte die Friedhofsmauer, baute eine neue Leichenhalle oder deckte das Kirchendach neu. Die reiche Schwinkendorfer LPG brachte die Gelder auf, um das baufällige Pfarrhaus zu restaurieren, und ihre Brigaden beteiligten sich an den Sanierungsarbeiten am Kirchendach. Im anhaltinischen Wedderstedt wird noch heute beim Ausgang der Gemeinde aus der Kirche ein Kirchenlied gesungen, das die Bessarabiendeutschen aus ihrer Heimat mitgebracht hatten.

Religiöse Gemeinschaften

Neben dem kirchlichen Leben knüpften Bessarabiendeutsche der älteren Generation auch wieder an die Tradition der pietistischen „Gemeinschaften“ an, die es vor der Umsiedlung fast in jeder deutschen Gemeinde Bessarabiens gegeben hatte. Die „Brüdergemeinden“ besaßen dort den Status freier Gemeinschaften, die aber in die evangelisch-lutherische Landeskirche eingebunden waren. Die Tätigkeit der Gemeinschaften war dem Konsistorium unterstellt und gegenüber den Pastoren zu verantworten. Schwärmerische Tendenzen, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts im religiösen Leben der Siedler eine Rolle gespielt hatten, waren schon bald einer eher nüchternen pietistischen Moral gewichen. Die Prinzipien der protestantischen Ethik und eine pragmatische Lebensauffassung kennzeichneten die Mentalität der meisten Bessarabiendeutschen, die ihnen auch bei der praktischen Bewältigung der Integrationsaufgaben zugute kam. Die Prägung durch die Brüdergemeinden war jedoch bei manchen Bessarabiendeutschen in der SBZ/DDR noch lebendig. Anhänger der Glaubensgemeinschaften versammelten sich auch hier wieder zu den gewohnten „Stunden“ oder hielten häusliche Andachten mit den aus der Heimat mitgebrachten Gebets- und Gesangbüchern ab. An diesen Bibelstunden beteiligten sich jetzt übrigens nicht nur Bessarabiendeutsche, sondern auch „Zuwanderer“ aus anderen Herkunftsländern (Ostpreußen, Pommern und andere)²⁹ sowie Alteingesessene. Die Gemeinschaftskreise agierten im Rahmen der „Landeskirchlichen Gemeinschaften“ und arbeiteten – nicht immer konfliktfrei – in Absprache mit dem „Evangelisch Kirchlichen Gnadauer Gemeinschaftswerk in der DDR“. Sie verstanden sich als Teil der evangelischen Kirche und finanzierten sich teils aus Mitteln des Gemeinschaftswerks, teils aus Abgaben und Spenden ihrer Mitglieder. Seit 1948 wurden auch größere Versammlungen, die „Glaubenstage“, abgehalten, zu denen bis zu 300 Personen zusammenkamen und aus denen sich weitere lokale Initiativen entwickelten. Solche Glaubenstage fanden in den fünfziger und sechziger Jahren zum Beispiel in Perleberg, im Gemeinschaftsbezirk Halle, in Güstrow, Hohen Pritz, Staßfurt, im Gemeinschaftsbezirk Aschersleben, in Naumburg, Delitzsch

27 Zit. nach: Schmidt: Die Deutschen aus Bessarabien, S. 522 f.

28 Bei Bessarabiendeutschen, die nicht im ländlichen Raum bzw. nicht in solchen Milieus lebten, war die kirchliche Bindung häufig ebenfalls stark ausgeprägt. Sie hatten ähnliche Erfahrungen mit der administrativen Repression wie andere kirchentreue DDR-Bürger.

29 Der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen lag im Nordosten mancherorts bei 80 bis 95 Prozent.

und im Raum Loburg statt. Weil die Wohnungen der Gläubigen zu wenig Platz boten, wurden mancherorts landwirtschaftliche Gebäude zu Gemeinschaftsräumen umgebaut, in denen die Evangelisationen stattfinden konnten. Rundbriefe und Mitteilungsblätter wurden in 265 Orte in der ganzen DDR verschickt.³⁰

Den DDR-Behörden waren derartige Veranstaltungen, vor allem wenn sie den Rahmen privater Hausandachten sprengten und sogar überlokale Ausmaße annahmen, ein Dorn im Auge. So wird berichtet, daß im mecklenburgischen Hohen Pritz eine Reihe von Missionsveranstaltungen starken Zulauf gefunden habe. Daraufhin sei die Auszeichnung „Sozialistisches Dorf“, die für diesen Ort vorgesehen war, einbehalten und einer Nachbargemeinde verliehen worden; das neue Kulturhaus wurde nun in Mestlin errichtet. Bereits bei der ersten größeren „Versammlung“ in der SBZ im April 1948³¹ hatte es, wie ein Teilnehmer berichtet, Konflikte mit den Behörden gegeben, die die religiösen Zusammenkünfte für verdeckte landsmannschaftliche Aktivitäten hielten.

„Dies geschah aus der damaligen Situation heraus. Alles, was nach Landsmannschaft aussah, wurde verboten und bestraft. Es kam diesbezüglich mehrmals zu Verhandlungen mit den Behörden. Wir gaben uns große Mühe, jeden Anschein zu vermeiden. Trotzdem kam es vor, daß Gemeinschaftsstunden unfreundlich und unsanft durch Behörden aufgelöst wurden. Ebenso gab es Schwierigkeiten bei der Vorbereitung der Glaubensstage. Bruder Keller wurde angerufen und ihm erklärt, daß die Glaubensstage widerrechtlich und nicht erwünscht seien. Nach langen Gesprächen wurden doch noch alle Mißverständnisse beseitigt und die Glaubensstage konnten stattfinden.“³²

Tatsächlich übernahmen die Reiseprediger mit ihrem „Besuchsdienst“ viele Jahre lang eine quasi-landsmannschaftliche Verbindungsfunktion, indem sie die Kontakte zwischen den in der DDR verstreuten bessarabiendeutschen „Nestern“ vermittelten und den Informationsfluß aufrechterhielten. Sie tauchten ganz informell bei ihren Vertrauensleuten auf, wurden hier freundlich aufgenommen und hielten in den jeweiligen Orten größere Versammlungen und Gesprächsabende mit Interessierten ab. Zu solchen Veranstaltungen fanden sich oft auch Bessarabiendeutsche ein, die nicht zur Klientel der Brüdergemeinschaften gehörten, sondern die vor allem an Neuigkeiten über ihre Landsleute interessiert waren, die es in andere Regionen der SBZ/DDR verschlagen hatte. Insofern lieferten derartige Treffen auch einen Rahmen, um weitläufige familiäre Verbindungen aufrechtzuerhalten, kulturelle Traditionen, wie zum Beispiel das reiche Liedgut, zu pflegen oder die aus Bessarabien gewohnten Formen der Geselligkeit fortzusetzen. Das Selbstverständnis der Reiseprediger verdeutlicht beispielsweise „Bruder“ Draht, der 1949 mit dem „Besuchsdienst“ in der DDR begann. Der 1901 in Paris/Bessarabien³³ geborene Draht war soeben aus der Gefangenschaft heimgekehrt, seine nach Mittelasien verschleppte Familie kam erst 1955 frei.

„[Draht] war nie angestellt, sondern hielt es mit Paulus. Am Tage half er auf seinen Reisen auf dem Acker und im Stall. Abends verkündigte er die Botschaft des Retterheils. Sein Herz brannte für die Einsamen, die Alten, die Kranken und für alle, die keine Glaubensgemeinschaft hatten. Gott hat den Bruder Draht besonders schwere Wege geführt. Dies alles nahm ihm nicht den Mut, seinem Herrn in ganzer Treue zu

30 Vgl. Keller, Herbert (Bearb.): Jesus die Brücke. Besuchsdienst und Glaubensstage im evangelisch kirchlichen Gnadauer Gemeinschaftswerk in der DDR. Reutlingen o.J. (1988), S. 16.

31 Sie fand in der Kirche der Gemeinde Blumenthal statt, im September 1948 folgte ein Treffen in Reckenzien, auf dem weitere Glaubensstage vorbereitet werden sollten.

32 Keller a.a.O. S. 50.

33 Dieser Ort war in Bessarabien ein Zentrum der Brüdergemeinschaften gewesen.

dienen. Auch in der Zeit, als er noch kein Heim und kein Dach über dem Kopf hatte, zog er von Ort zu Ort mit dem Rucksack und kümmerte sich um die Kinder Gottes. Er fuhr mit der Bahn, mit dem Bus, mit dem Fahrrad und ging zu Fuß.“³⁴

Herr H. erzählt, wie die bessarabiendeutschen Wanderprediger in den ersten Nachkriegsjahren ihre Landsleute besuchten und beschreibt das Zusammengehörigkeitsgefühl, das man damals empfunden habe. „Die Prediger waren ja Leute, die auch zuhause die Bibelstunden gehalten haben. [...] Sie suchten die Bessarabiendeutschen auf, um Gottesdienst zu halten. Die Adressen gingen von Mund zu Mund. Es kamen auch andere dazu, die nicht bei den ‚Stundenleuten‘ waren. [...] Hier in Mecklenburg waren viele Bessarabier – halbe, ganze Dörfer! [...] Die Geistlichen wußten Bescheid, sie haben die ganze Gegend bereist. Der Besuchsdienst hat sie aufgesucht.“

(Frage) Wie wurden die Prediger aufgenommen?

„Das ging alles seinen Gang. Sie waren gleich drin. ‚Du Paula-Bäsle, bei dir darf ich doch so lang bleiben?‘ Da war eine solche Verbundenheit, sie waren zuhause. [...] Wenn Bruder Draht hier oben [in Mecklenburg] war, hat er bei uns [in unserem Dorf] geschlafen und gegessen, als Gast. Keiner hat gesagt, ‚es geht nicht‘.“³⁵

Die bessarabiendeutschen Reiseprediger in der DDR bezogen sich auf eine christliche Missionstradition, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Südosteuropa aufgetreten war. Sie wurden von den „Stundenleuten“ nicht zuletzt wegen ihrer kritischen Einstellung gegenüber dem kirchenfeindlichen Nationalsozialismus geachtet. So war zum Beispiel „Bruder“ Tegeler, der im Jahr 1946 erstmals nach dem Krieg schriftlichen Kontakt zu Bessarabiendeutschen in der SBZ aufnahm, im Jahr 1940 anlässlich eines privaten Besuches in Deutschland von der Gestapo verhaftet worden. Nach seiner Entlassung mit einem Reise-, Rede- und Schreibverbot belegt, hatte er sich trotzdem im „Warthegau“, wo die NS-Führung einen besonders scharfen antikirchlichen Kurs verfolgte, um seine hierher umgesiedelten Glaubensgenossen gekümmert.³⁶ In der NS-Zeit hatte er auch Bessarabiendeutsche aus der früheren Gemeinde Hoffnungstal aufgesucht, die 1942 aus dem Umsiedlungslager in den Distrikt Lublin abgeschoben worden waren.

Die Prediger sprachen indes nicht nur ältere Leute an, die bereits mit dem Gemeinschaftswesen vertraut waren. Denn zu den „Versammlungen“ nahmen die Erwachsenen auch Kinder und Jugendliche mit, die so ganz selbstverständlich in dieses religiöse Milieu hineinwuchsen. Außerdem wurden in Perleberg in den sechziger und siebziger Jahren informelle Treffen für Jugendliche veranstaltet, die für jüngere Bessarabiendeutsche aus dieser Region einen Ersatz für die in der DDR nicht zulässige landsmannschaftlich geprägte Jugendarbeit darstellten. Zu diesen Gruppen stießen auch Jugendliche, die vor allem die Geselligkeit in ihren Altersgruppen und weniger religiöse Einkerer suchten. Es gab freilich auch viele jüngere Bessarabiendeutsche, die die Prediger gar nicht oder kaum wahrnahmen bzw. zu ihnen Distanz hielten. So beschreibt z.B. Herr G. einen Prediger, der öfters bei den Bessarabiendeutschen im Mansfelder Land vorbeikam, mit sanfter Ironie als Eiferer: „Vor dem mußte man sich in Acht nehmen, das war ja ein Revolutionär! Der drohte immer gleich mit dem Fegefeuer.“³⁷

Wie hat sich die DDR-Obrigkeit in den fünfziger und sechziger Jahren gegenüber den bessarabiendeutschen Reisepredigern und den religiösen Gemeinschaften verhalten?

34 Keller a.a.O. S. 30.

35 Interview Herr H. (2006).

36 Keller a.a.O. S. 4.

37 Interview Herr G. (2006)

Gab es Beeinträchtigungen der „Versammlungen“ oder Sanktionen gegen Anhänger dieser Kreise? Wie erwähnt, war die Tätigkeit der Glaubensgemeinschaften in den Anfangsjahren nach mehrmaligen Konfrontationen mit den Behörden mancherorts zum Erliegen gekommen. Staatliche Eingriffe konnten später dadurch vermieden werden, daß die „Versammlungen“ ordnungsgemäß angemeldet wurden. Mit diesem Kontrollverfahren war offenbar eine Toleranz durch die Behörden möglich. Im Unterschied zu den „Zeugen Jehovas“, die schon früh mit dem repressiven Instrumentarium des SED-Regimes konfrontiert waren – in den Jahren 1962 bis 1985 kam fast jeder männliche Anhänger wegen Wehrdienstverweigerung ins Gefängnis³⁸ –, wurden die pietistisch orientierten Gemeinschaften zwar weiterhin kontinuierlich observiert. Ihre Zusammenkünfte blieben seitdem jedoch zumeist unbehelligt, zumal sie sich konsequent aus der Politik heraushielten.

Auf diese Weise konnten die religiösen Gemeinschaften in einer Nische der DDR-Gesellschaft überleben. Aus der Darstellung eines Predigers, der selbst seit 1964 Glau- benstage in der DDR organisiert hat, geht hervor, daß sich die Gruppen im Spannungsfeld zwischen den hierarchischen Ebenen der DDR-Bürokratie bewegten. Während sie bei den höheren Verwaltungsstellen als mißliebige Unpersonen galten, fanden sie auf lokaler Ebene immer wieder auch Unterstützung. Beispielsweise benötigte eine Gemeinschaft einen größeren Versammlungsraum und beantragte dafür eine Baugenehmigung beim Rat des Kreises. Der Antrag wurde auf Bezirksebene umgehend abgelehnt. Mit Hilfe guter Beziehungen zur Kreisverwaltung gelang es jedoch, den Plan taktisch so umzuformulieren, daß kein Neubau, sondern nur eine Renovierung des alten Gebäudes sowie ein Anbau beantragt wurden. Damit konnte das Bauprojekt in der geplanten Form und Größe realisiert werden. Die Gemeinschaften seien hin und wieder auch von örtlichen Geschäftsleuten und bürgerlichen Kreisen unterstützt worden, weil man sie als nicht-konforme bzw. oppositionelle Kräfte angesehen habe.

Die Spielräume für das Wirken der Gemeinschaften waren demnach eng definiert, schnürten es aber nicht ab. Im persönlichen Bereich der Anhänger war die Diskriminierung freilich in härterer Form spürbar. Die Prediger waren zwar geschützt, sofern sie sich an die Regeln hielten und nicht „missionierten“. Der schon erwähnte Herr E. erhielt sogar die Erlaubnis, ins westliche Ausland zu Kongressen und zur theologischen Weiterbildung zu reisen, wurde dabei allerdings überwacht. Seine Tochter durfte jedoch nicht Medizin studieren, obwohl sie Klassenbeste war; sie wick auf den Beruf der Krankenschwester aus. Der Sohn verweigerte den Militärdienst und ging statt dessen zu den „Bausoldaten“. Seine Ausbildung zum Bauingenieur konnte er nur über gute Beziehungen und auf Umwegen bewerkstelligen.³⁹ „Stundenleute“ mußten für sich oder ihre Kinder oft gravierende Nachteile in Ausbildung und Beruf in Kauf nehmen. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele. So erhielt die Tochter einer Frau, in deren Wohnung regelmäßig „Stunden“ abgehalten wurden, keine Genehmigung zum Studium mit der Begründung, daß sie „nicht in unseren Staat“ passe. Knackpunkte waren, neben dem Militärdienst, die Verweigerung der Jugendweihe sowie der FDJ-Mitgliedschaft. Aus diesem Grund durften alle drei Kinder von Herrn H. nicht studieren, erlernten aber, wie er sagt, trotzdem ordentliche Berufe. Wegen seiner religiösen Orientierung hatte Herr H. in seiner Ausbildung Anfang der sechziger Jahre ebenfalls Kompromisse machen und Widersprüche aushalten müssen. Wie andere ihm bekannte Bessarabien-

38 Vgl. Hacke, Gerald: Zeugen Jehovas in der DDR. Verfolgung und Verhalten einer religiösen Minderheit, Dresden 2000, S. 8 f.

39 Information von Herrn E., Remplin/Mecklenburg, (2006).

deutsche seiner Generation, die „nicht abgehauen“ seien, habe er berufliche Umwege in Kauf genommen. Mit „Energie und Gottvertrauen“ habe man es zu einer qualifizierten Ausbildung gebracht. Da Herr H. unbedingt aus der kollektivierten Landwirtschaft heraus wollte, blieb ihm keine andere Wahl, als sich zum Militär zu melden. Ein Ersatzdienst existierte damals noch nicht. Er meldete sich daher zum Sanitätsdienst, kam später zum Wachdienst und wurde schließlich Rekrutenausbilder. Erst danach konnte er sich beruflich weiterqualifizieren. Als entschiedener Christ hatte Herr H. es auch abgelehnt, der SED beizutreten. Er schildert eine Situation, in der noch Ende der siebziger Jahre massiver Druck ausgeübt wurde: Der Chef der SED-Kreisleitung hatte ihn selbst und seine Kollegen, die damals als Meister in einer großen KfL-Werkstatt⁴⁰ arbeiteten, einzeln vorgeladen und zum Parteieintritt aufgefordert. Herr H. lehnte das jedoch mit der Begründung ab, daß er nicht an Marx, Engels oder Lenin glaube, sondern nur an die Zehn Gebote und an das Evangelium. Seitdem habe man ihn in Ruhe gelassen, weil man ihn als christlichen Fundamentalisten ohnehin abgeschrieben habe. Die Meister in seinem Betrieb seien fast alle Vertriebene gewesen und hätten „wie Pech und Schwefel“ zusammengehalten; deshalb habe die Stasi sie auch bespitzelt und versucht, sie gegeneinander auszuspielen.

Es wäre zu untersuchen, wie die offizielle Landeskirche in Mecklenburg die Tätigkeit der Gemeinschaften einschätzte und welche Formen von Kooperation und Differenz es hier gegeben hat. Für das Gros der Bessarabiendeutschen gilt, daß sie meist kirchlich gebunden, aber pragmatisch orientiert und keine Sektierer waren.

Ausblick

Die kompakten Milieus in den bessarabiendeutschen „Nestern“ in der Ex-DDR lösen sich heute weitgehend auf. Die typischen „Bessarabier-Dörfer“ entleeren sich, weil die Alten aussterben und die Jüngeren längst in andere Berufe abgewandert sind. Andererseits interessieren sich seit der Wende nun auch jüngere Bessarabiendeutsche, die bisher keine Beziehung zu diesen Milieus hatten, für die Geschichte ihrer Vorfahren und für deren frühere Heimat. Manche treffen sich in neu gebildeten Arbeitskreisen oder haben lose Verbindungen zum „Bessarabiendeutschen Verein“ in Stuttgart.⁴¹ Das neuerliche Interesse von Bessarabiendeutschen aus der Ex-DDR zeigt sich vor allem auch in der starken Beteiligung an den jährlichen Reisen nach Bessarabien, die die Landsmannschaft bisher organisiert hat, sowie an der Zunahme der Besucherzahlen im „Heimatmuseum der Deutschen aus Bessarabien“ in Stuttgart. Es ist anzunehmen, daß nicht nur die Deutschen aus Bessarabien, sondern auch Flüchtlinge und Vertriebene aus anderen Herkunftsgebieten ihre Reserven an „sozialem Kapital“ mobilisierten und jeweils eigene Substrukturen und Verhaltensmuster entwickelt haben. Vergleichende Forschungen zur Herausbildung und Funktion landsmannschaftlicher Netzwerke im Prozeß der Integration sind jedoch bisher kaum unternommen worden.⁴² Um solche Nischen in der DDR-Gesellschaft ausleuchten zu können, wären qualitative Mikrostudien erforderlich.

40 „Kreisbetrieb für Landtechnik“ (Reparatur landwirtschaftlicher Fahrzeuge und Maschinen)

41 Im „Bessarabiendeutschen Verein“ haben sich im Jahr 2005 die „Landsmannschaft der Bessarabiendeutschen“, das „Hilfskomitee der evangelisch-lutherischen Kirche aus Bessarabien“ und das „Heimatmuseum der Deutschen aus Bessarabien“ zusammengeschlossen.

42 Zum Netzwerk sudetendeutscher Antifaschisten und ihrer Rolle bei der Integrationspolitik der SBZ/DDR vgl. Schwartz, Michael: Apparate und Kurswechsel. Zur institutionellen und personellen Dynamik von „Umsiedler“-Politik in der SBZ/DDR 1945–1953. In: Hoffmann/Schwartz (Hrsg.) a.a.O. S. 105–136; Wille, Manfred (Hrsg.): Die Sudetendeutschen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Magdeburg 1993.